

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

46. Sitzung

Sozialausschuß

29. Sitzung

am Mittwoch, dem 22. Oktober 1997, 14:00 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Uwe Döring (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anwesende Abgeordnete des Sozialausschusses

Wolfgang Baasch (SPD)

Dr. Jürgen Hinz (SPD)

Uwe Eichelberg (CDU)

Torsten Geerdts (CDU)

Gudrun Hunecke (CDU)

Kläre Vorreiter (CDU)

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Holger Astrup (SPD)

Birgit Küstner (SPD)

Gerhard Poppendiecker (SPD)

Frauke Walhorn (SPD)

Berndt Steincke (CDU)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

Schleswig-Holsteinischer Landtag	- Finanzausschuß -	46. Sitzung am 22. Oktober 1997	3
	- Sozialausschuß -	29. Sitzung am 22. Oktober 1997	

Einzigter Punkt der Tagesordnung:

Seite

- a) **Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1997 bis 2001** **4**
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/871
- b) **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1998
(Haushaltsbegleitgesetz 1998)**
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/850
- c) **Änderungsvorschlag zum Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 1998**
Anlage 2 des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des
Investitionsbankgesetzes und des Sparkassengesetzes für das Land
Schleswig-Holstein Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache
14/942
- l **Einzelplan 10**
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Schleswig-Holsteinischer Landtag	- Finanzausschuß -	46. Sitzung am 22. Oktober 1997	4
	- Sozialausschuß -	29. Sitzung am 22. Oktober 1997	

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Hay, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 14:05 Uhr, stellt die Beschlußfähigkeit des federführenden Finanzausschusses fest und übernimmt den Vorsitz. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

- | | |
|----|---|
| a) | Finanzp |
| | Bericht c |
| b) | Entwurf |
| | Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/850
hierzu: Umdrucke 14/1016, 14/1092, 14/1110, 14/1210 |
| c) | Änderu |
| | Anlage 2 des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des
Investitionsbankgesetzes und des Sparkassengesetzes für das Land
Schleswig-Holstein
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache
14/942 |
| l | Einzelpl |

Auf Vorschlag des Vorsitzenden, Abg. Hay, kommt der Finanzausschuß überein, in seiner Sitzung am Donnerstag, dem 30. Oktober 1997, über die vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales erbetene Ausschreibung, Umdrucke 14/1016 und 14/1210, jeweils einer Stelle einer Direktorin oder eines Direktors für das Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit sowie für das Landesamt für soziale Dienste zu entscheiden. Diese Positionen sollen mit der Errichtung der Landesämter zum 1. Januar 1998 besetzt werden.

M Moser führt in den Einzelplan 10 ein und hebt die Schwerpunkte der Ausgabenbereiche hervor. Sie macht darauf aufmerksam, daß die knappen Haushaltsmittel "erstarrte Strukturen" des Haushaltsentwurfes bedingen.

In einer ersten Einschätzung äußert M Moser auf eine Frage des Abg. Geerds die Überzeugung, daß ein Rückgang der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds in den kommenden beiden Jahren nicht zu erwarten sei, und drückt ihre Hoffnung dahin aus, daß Schleswig-Holstein hinsichtlich der Größenordnung und des Niveaus der Förderung nicht weit

unter den jetzigen Stand zurückfallen werde. Das Ministerium werde seine Bemühungen darauf lenken, das Maximum dessen, was möglich sei, für Maßnahmen im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein zu sichern.

M Moser versichert auf Nachfrage von Abg. Hunecke, daß die Maßnahmen im laufenden, vom Europäischen Sozialfonds geförderten Arbeitsmarktprogramm bis 1999 festgelegt seien und finanziell gefördert würden. Eine Systematik in der Auszahlung der finanziellen Unterstützung sei jedoch nicht zu erkennen. Die finanzielle Förderung bis 1999 sei jedoch gesichert.

M Moser teilt auf eine Frage von Abg. Kähler mit, daß die Kommunen im Rahmen der Beratungen über die Funktionalreform die vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales als übertragungsfähig angebotenen Bereiche akzeptiert hätten. Dazu zählten beispielsweise Teilbereiche des Arbeitsschutzes, des Gaststättenkonzessionsrechtes und der Ladenschlußüberwachung. Sie könne allerdings nicht prognostizieren, wann diese Übertragung umgesetzt werde. Ihr Gesamteindruck sei, daß die Haltung der kommunalen Verbände und Gremien gegenüber den gefaßten Strukturbeschlüssen als "konstruktiv kritisch" zu bewerten sei.

Abg. Neugebauer problematisiert den künftigen Umgang mit der Datenzentrale. Er behalte sich parlamentarische Schritte vor, um zu erörtern, wie die Tätigkeit der Datenzentrale "in Einklang mit den landespolitischen Interessen" zu bringen sei. Der Vorsitzende merkt an, im Rahmen des Ausbaus der IT-Technik stelle sich die Frage, in welche Richtung sich die Datenzentrale entwickle, und regt eine erneute Prüfung durch den Landesrechnungshof an. VP Dr. Schmidt-Bens erwidert, nach einer bereits erfolgten Prüfung zeichne sich angesichts der von den Kommunen und vom Land an die Datenzentrale gestellten Anforderungen ab, daß sie sich zu einem "Software-Institut" entwickle. Allerdings müsse die Datenzentrale nach Ansicht des Landesrechnungshofes ihre Kompetenz auf diesem Gebiet erst noch unter Beweis stellen.

In Anbetracht der bisherigen Leistungen der Datenzentrale äußert der Vorsitzende seine Bedenken gegenüber der Perspektive, die Datenzentrale solle sich zu einem "Software-Unternehmen" entwickeln. Vor dem Hintergrund der mit den Haushaltsberatungen 1998 einhergehenden langfristigen Finanzplanung unterbreitet der Vorsitzende, Abg. Hay, den ebenfalls von Abg. Stritzl unterstützten Vorschlag, der Innenminister solle im November dieses Jahres seine konzeptionellen Überlegungen hinsichtlich der Fortentwicklung der Datenzentrale darstellen. Die Ausschüsse stimmen dem zu.

1004-MG 06, Zusätzliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (Europäischer Sozialfonds)

Vor dem Hintergrund der in dieser Maßnahmengruppe vorgenommenen Verschiebungen erbittet Abg. Geerds Informationen darüber, ob es Veränderungen hinsichtlich der Förderung von Zielgruppen gegeben habe und welche Gründe dafür gegebenenfalls maßgebend waren. Ebenfalls möchte Abg. Geerds wissen, welche Zielgruppen in Zukunft stärker gefordert würden und wie sich die Teilnehmerzahl entwickle. Abschließend fragt er nach Möglichkeiten, die Erfolge der Arbeitsmarktpolitik zu kontrollieren, und zwar auch im Hinblick auf eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt. M Moser sagt eine Beantwortung dieser Fragen zu.

1004-684 15, Neue Formen der Weiterbildung - berufliche Qualifizierung

Auf Bitte von Abg. Hunecke sagt M Moser eine schriftliche Darstellung der neuen Formen der Weiterbildung und der beruflichen Qualifizierung zu.

1005-MG 07, Förderung von Kindertagesstätten

Auf Nachfrage von Abg. Hunecke sichert M Moser zu, in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses - gegebenenfalls auch schriftlich - das Verhältnis zwischen den von Kommunen und freien Trägern eingereichten Anträgen darzulegen.

1005-TG 62, Besondere soziale Maßnahmen des Landes

Abg. Vorreiter erbittet hinsichtlich der Schuldnerberatung einen schriftlichen Bericht des Ministeriums über das Engagement der Banken. M Moser sagt diesen Bericht zu.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses schließt die Sitzung um 15:25 Uhr.

Schleswig-Holsteinischer Landtag	- Finanzausschuß -	46. Sitzung am 22. Oktober 1997	7
	- Sozialausschuß -	29. Sitzung am 22. Oktober 1997	

gez. Lothar Hay
Vorsitzender

gez. Birgit Raddatz
Geschäfts- und Protokollführerin